

Initiative Tempo 140
(Seite 8)
jetzt unterstützen!

Jetzt Abo 2014 einzahlen!
Rechnung in Heftmitte

AZB / P.P. 3001 Bern



DIE IDEE

Junge SVP Schweiz

www.zeitungidee.ch

Ausgabe 2/2014

Abo Fr. 35.-

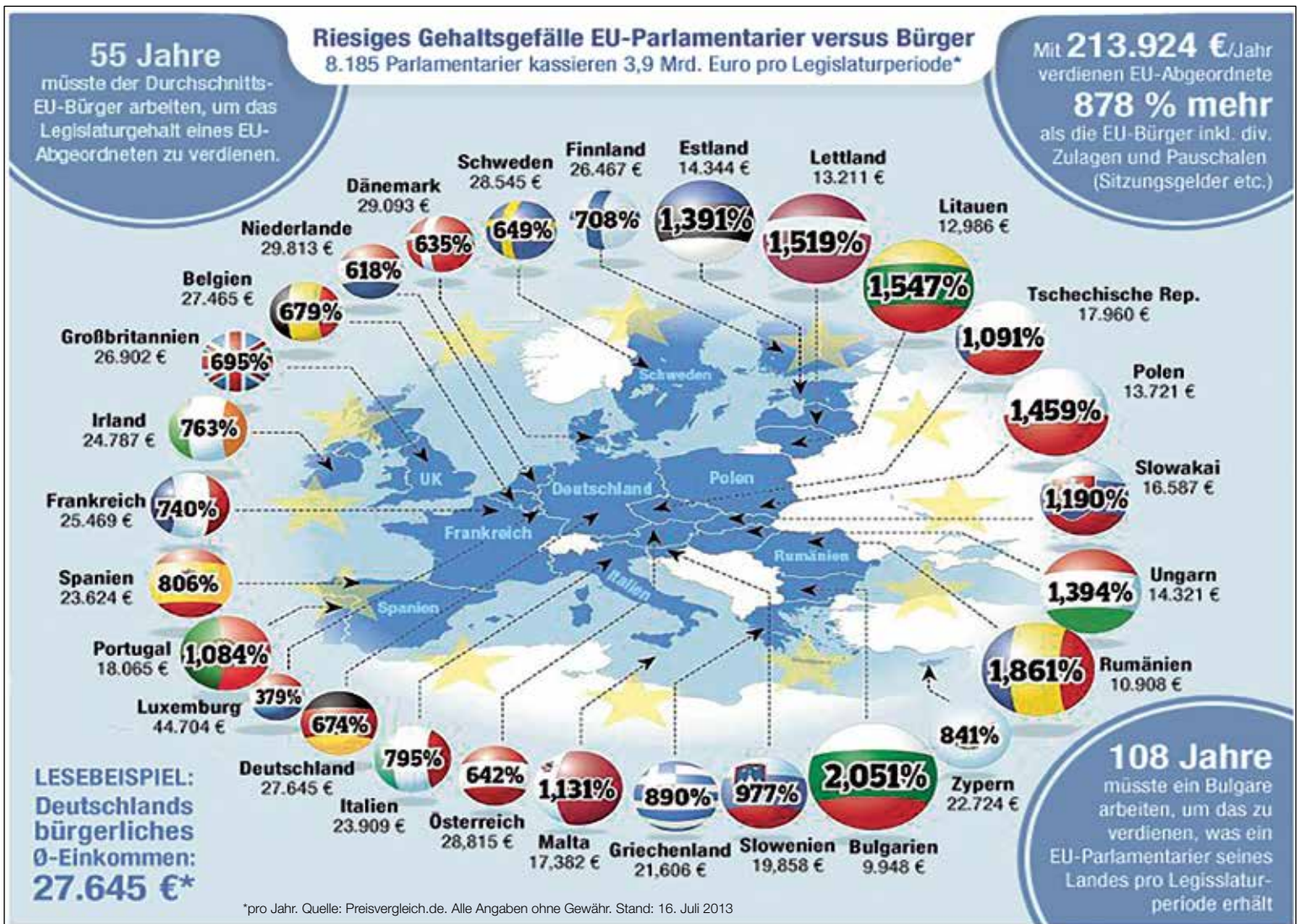
EU-Parlamentarier verdienen 878 % mehr als EU-Bürger oder 800 Millionen Euro pro Legislatur

Europa wählte sein Parlament. Am 25. Mai waren EU-Bürger in 28 Mitgliedsländern zur Stimmabgabe aufgerufen. Zurzeit hat das Parlament 766 Abgeordnete. Sie kümmern sich von der Abschaffung der Glühbirnen bis zum misslungenen Versuch, die Krümmung von Gurken zu normieren, um gesetzliche Belange von rund 500 Millionen EU-Bürgern. Das lassen sie sich fürstlich entlohnen. Die europäischen Volksvertreter in Strassburg erhalten seit 2009 einheitliche Entschädigungen, die weit über den durchschnittlichen Einkommen der Bürger liegen. Ein bulgarischer Bürger etwa müsste 108 Jahre arbeiten, um ein EU-Parlamentarier-Gehalt zu erreichen.

Einmal mehr steht die EU in der Kritik. Auch wenn der Binnenmarkt wächst und Ländergrenzen verschwinden: Die ökonomischen Unterschiede von Land zu Land sind immer noch

gigantisch und das betrifft nicht nur die ökonomische Situation, sondern ebenso die Politik. So klappt beispielsweise ein riesiger sozialer Spalt zwischen den bei der EU tätigen Abgeordneten

und ihren Landsleuten in den 28 Heimatländern. Das stellte nun auch das Produkt-, Energie- und Finanzdienstleistungsportal Preisvergleich.de in einem Gehalts- und Diätenreport fest.



Deutschland zahlt 20% des EU-Haushalts aber nur 13% Stimmen im EU-Parlament

Land	Einzahlungen in EU-Haushalt 2010, netto (pro Land in Mio €)	Anteil	Eingezahlter Betrag pro Einwohner & Jahr
Deutschland	20.708 €	20,0%	253 €
Frankreich	18.174 €	17,6%	290 €
Italien	13.664 €	13,2%	227 €
Großbritannien	12.146 €	11,7%	196 €
Spanien	8.937 €	8,6%	194 €
Niederlande	3.864 €	3,7%	234 €
Polen	3.339 €	3,2%	88 €
Belgien	3.294 €	3,2%	305 €
Schweden	2.809 €	2,7%	302 €
Osterreich	2.460 €	2,4%	294 €
Griechenland	2.095 €	2,0%	186 €
Dänemark	2.074 €	2,0%	375 €
Portugal	1.714 €	1,7%	161 €
Finnland	1.575 €	1,5%	295 €
Tschechische Rep.	1.308 €	1,3%	125 €
Irland	1.209 €	1,2%	272 €
Rumänien	1.042 €	1,0%	49 €
Ungarn	863 €	0,8%	86 €
Slowakei	540 €	0,5%	100 €
Slowenien	320 €	0,3%	157 €
Bulgarien	310 €	0,3%	41 €
Luxemburg	249 €	0,2%	499 €
Litauen	230 €	0,2%	69 €
Lettland	158 €	0,2%	70 €
Zypern	158 €	0,2%	182 €
Estland	125 €	0,1%	93 €
Malta	51 €	0,0%	124 €
Ergebnis	Σ 103.416 €	Σ 100,0%	Ø 195 €

Stand: 07. Dezember 2012, Alle Angaben ohne Gewähr. Primärquelle: http://ec.europa.eu/budget/library/biblio/publications/2010/fin_report/fin_report_10_de.pdf sowie Fischer Weltalmanach 2012 für EU-Bürgereinkommen.

Quelle: Preisvergleich.de

Tabelle 3

Ein Bulgare muss 108 Jahre arbeiten, um das Gehalt eines EU-Abgeordneten zu verdienen.

Für die Summe, die ein Abgeordneter bei der EU in nur einer einzigen fünfjährigen Legislaturperiode erhält – rund eine Million Euro – müssten EU-Bürger im Schnitt 55 Jahre arbeiten. Ebenso eklatante Einkommensunterschiede finden sich in anderen EU-Staaten. So müsste beispielsweise ein Pole immerhin noch 78 Jahre für das Gehalt arbeiten, welches ein EU-Vertreter in fünf Jahren erhält. Jenseits von Oder und Neisse liegt der durchschnittliche Jahres-Bruttoverdienst bei 13'721 Euro. Ähnlich gravierende Unterschiede gibt es in Italien (45 Jahre Arbeit), Grossbritannien (40 Jahre Arbeit), Deutschland (39 Jahre Arbeit) oder Luxemburg (24 Jahre Arbeit).

Europaabgeordnete verdienen mehr als alle anderen nationalen Volksvertreter.

So viel zahlen die Steuerzahler Europas jährlich in den EU-Topf ein.

Grosse Unterschiede gibt es auch beim Umfang der Beitragsleistungen der EU-Mitgliedsländer zum EU-Haushalt. Dabei ist bekannt Deutschland ist der Zahlmeister und stemmt mindestens jeden fünften Euro der ausgegeben wird – gut 20 % oder netto mindestens 20,7 Mrd. Euro im Jahr. Es folgen Frankreich (17,6 %). Italien (13,2 %) und Grossbritannien (11,7 %). Insgesamt kommen also 62,6 % der EU-Haushaltsgelder allein aus diesen vier Mitgliedsländern. Die restlichen 37,4 % Haushaltsgeld verteilen sich auf die Schultern von 23 Nationen der Europäischen Gemeinschaft. (Tabelle 4)

Quelle: Preisvergleich.de

Im Fokus der Studie stand die Frage: Wieviel verdienen die EU-Parlamentarier in Strassburg im Vergleich zu den EU-Bürgern?

766 Parlamentarier, davon 99 aus Deutschland, kümmern sich in Strassburg und in Brüssel um 600 Mio. EU-Bürger und bekommen dafür pro Legislaturperiode mehr als 800 Millionen Euro.

Nach der aktuellen Studie des Produkt-, Energie- und Finanzdienstleistungsportals Preisvergleich.de bekommen die EU-Parlamentarier jährlich rund 161 Mio. Euro Steuergelder von den rund 500 Mio. EU-Bürgern, die sie vertreten.

Ein EU-Abgeordneter erhält durchschnittlich 17'827 Euro an Diäten monatlich oder 213'924 Euro im Jahr. Dieser Betrag setzt sich aus mehreren Positionen zusammen. So liegen die Grundentschädigungen pauschal im Monat bei 7'957 Euro und die zusätzliche allgemeine Kostenvergütung pro Monat bei 4'299 Euro. Dazu kommen eine Reisekostenpauschale, die jährlich bei maximal 4'243 Euro liegt, sowie ein durchschnittlicher Tagesgeld-Satz von 304 Euro. Gegen Nachweis können die Plenums-Mitglieder des EU-Parlaments obendrein Büro- und Personalkosten von monatlich bis zu 21'209 Euro oder jährlich bis zu 254'508 Euro geltend machen.

Doch nicht nur das: Die Einkommens-Schere zwischen den gewählten Volksvertretern und den einfachen Bürgern klafft enorm weit auseinander. So verdienen die 766 Abgeordneten im Europaparlament nach dem Preisvergleich.de-Bericht mittlerweile im Schnitt 878 % im Jahr mehr als die Durchschnitts-Bürger der 28 Mitgliedsstaaten. Wie hoch die EU-Abgeordnete

ten mittlerweile über dem Gehalt ihrer Bürger liegen, zeigt sich auch an den folgenden Zahlen (Recherchestand 7. Dezember 2012): So verdienen die EU-Parlamentarier Frankreichs mittlerweile 740 % über dem Gehaltsniveau eines «normalsterblichen» Franzosen.

EU-Parlament: Deutschland 13% Stimmenanteil zahlt aber 20% des EU-Haushalts

Land	Anzahl EU-Abgeordnete	Stimmanteil EU-Parlament	Einwohner je Land in Mio.	Anteil Einwohner je Land an EU-Gesamtbevölkerung
Deutschland	99	13,2%	81,9	16,4%
Frankreich	73	9,7%	62,6	12,6%
Großbritannien	73	9,7%	61,8	12,4%
Italien	73	9,7%	60,2	12,1%
Spanien	53	7,0%	46,0	9,2%
Polen	51	6,8%	38,2	7,7%
Rumänien	33	4,4%	21,5	4,3%
Niederlande	26	3,5%	16,5	3,3%
Belgien	22	2,9%	10,8	2,2%
Griechenland	22	2,9%	11,3	2,3%
Portugal	22	2,9%	10,6	2,1%
Tschechische Rep.	22	2,9%	10,5	2,1%
Ungarn	22	2,9%	10,0	2,0%
Schweden	20	2,7%	9,3	1,9%
Osterreich	19	2,5%	8,4	1,7%
Bulgarien	18	2,4%	7,6	1,5%
Dänemark	13	1,7%	5,5	1,1%
Finnland	13	1,7%	5,3	1,1%
Slowakei	13	1,7%	5,4	1,1%
Irland	12	1,6%	4,5	0,9%
Litauen	12	1,6%	3,3	0,7%
Lettland	9	1,2%	2,3	0,5%
Slowenien	8	1,1%	2,0	0,4%
Estland	6	0,8%	1,3	0,3%
Luxemburg	6	0,8%	0,5	0,1%
Malta	6	0,8%	0,4	0,1%
Zypern	6	0,8%	0,9	0,2%
Ergebnis	Σ 752		Σ 499	

Stand: 07. Dezember 2012, Alle Angaben ohne Gewähr. *Entschädigungen plus durchschnittliche Tagesgelder, plus Reisekostenpauschale (außer Mitarbeiterpauschale). Primärquelle: <http://www.europarl.europa.eu/aboutparliament/de/0081dffa4/Abgeordnete.html>

Quelle: Preisvergleich.de

Tabelle 4

Ein Jahr vor den Wahlen: Die Junge SVP bezieht klare Positionen



Anian Liebrand
Präsident Junge SVP
Schweiz

Seit dem 25. Januar dieses Jahres amtiert die Parteileitung der Jungen SVP Schweiz nun schon in neuer Zusammensetzung. Viel Zeit, um uns einzuarbeiten, blieb uns nicht. Schon bald stürzten wir uns in die politische Arbeit, welche uns an allen Ecken und Enden fordert. Mittlerweile haben wir die Aufgaben intern verteilt, die Organisation konnte optimiert werden. Neben der Durchführung bereits zweier Delegiertenversammlungen haben wir mit der Übernahme des Leads in der Jugendkampagne gegen die

An diesen Leitlinien orientieren sich auch die aktuellen Projekte, an welchen die Junge SVP derzeit federführend beteiligt ist. Als einzige Partei unterstützt die JSVP die im Mai lancierte **Volksinitiative «Höchstgeschwindigkeit 140 km/h auf der Autobahn»** (www.140er.ch). Sofern es die Sicherheit und die Strassenverhältnisse zulassen, sind 140 km/h auf der Autobahn absolut legitim und unbedenklich. Es gilt auch Gegensteuer zu geben gegen die fortschreitenden Einschränkungen und Regulierungen im

an mehreren Fronten bedroht ist. Neben der Verteidigung des Bankkundengeheimnisses ist dies der Kampf gegen den überbordenden und unverhältnismässigen Ausbau der staatlichen Überwachung, welche alle freien Bürger unter Generalverdacht stellt. So hat die Delegiertenversammlung der Jungen SVP Schweiz am 10. Mai 2014 beschlossen, gegen das Bundesgesetz zur Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs (BÜPF) das Referendum zu ergreifen, sollte das Gesetz in der heutigen Form verabschiedet werden. Die geplante BÜPF-Revision, die voraussichtlich in der Wintersession 2014 in den Nationalrat kommt, ist ein fundamentaler Angriff auf die Privatsphäre freier Schweizer Bürger. Das neue BÜPF würde unter anderem den Gebrauch von sogenannten Staatstrojanern (ein Spionagevirus) auf unseren Computern und Mobiltelefonen, die Speicherung auf Vorrat aller Verbindungsdaten während 12 Monaten (E-Mail, Handy usw.) sowie eine aufdringliche Überwachung der Mobiltelefonie erlauben.

Es stellt sich die entscheidende Frage, wieviel Freiheit wir zu opfern bereit sind, um vermeintliche Sicherheit zu gewinnen. Klar soll der Staat genügend Mittel in der Hand haben, um gegen Kriminelle wirksam vorzugehen. Dass aber die Privatsphäre aller Bürger untergraben wird und der Nutzen nicht ersichtlich ist, lehnen wir entschieden ab. Für nähere Infos zum Thema Überwachung und BÜPF verweise ich auf die Plattform www.stopbuepf.ch.

Sie sehen, der Jungen SVP geht die Arbeit nicht aus. Unterstützen Sie uns in unserer Arbeit und helfen Sie, die bürgerliche Jugend zu stärken.



Die Parteileitung der Jungen SVP Schweiz stellt sich vor:

Auf dem brandneuen Youtube-Channel der Jungen SVP Schweiz erklären die am 25. Januar 2014 neu gewählten Parteileitungsmitglieder, wer sie sind und was ihre Motivation ist, sich für die Junge SVP zu engagieren. Schauen Sie sich das Video an unter: youtube.com/user/jsvpjudc



Gemeinsame Aktion „Nein zum Mindestlohn“ von JSVP, Jungfreisinnige und Junge CVP

schädliche Mindestlohninitiative Verantwortung übernommen. Mit peppen Aktionen haben wir für Aufmerksamkeit gesorgt und sicher unseren Teil dazu beigetragen, dass die Initiative vom Souverän am 18. Mai schliesslich klar mit 76,3 % bachab geschickt wurde.

Ein Jahr vor den eidgenössischen Wahlen ist es für unsere Partei an der Zeit, Farbe zu bekennen und uns inhaltlich klar zu positionieren. Als Jungpartei sehe ich es als unsere Hauptaufgabe an, uns insbesondere auf Nischen zu fokussieren, die von den anderen Parteien vernachlässigt werden und mit denen wir speziell die junge Generation ansprechen. Unsere Leitlinie ist dabei klar das Parteiprogramm der SVP Schweiz, hinter dem wir als Junge SVP voll und ganz stehen. Bereits gegen Ende 2013 hat die Parteileitung folgende drei Schwerpunktthemen festgelegt, welche den JSVP-Delegierten noch unterbreitet werden. Die genaue Formulierung ist dabei noch offen.

- **Für eine unabhängige und selbstbestimmte Schweiz (Nein zum EU-Beitritt, Ja zur Neutralität und Weiteres)**
- **Für eine sichere Schweiz (Harte Ausländerpolitik, Ausschaffungsinitiative, Asylwesen)**
- **Mehr Freiheit (Stopp der wachsenden staatlichen Bevormundung an allen Fronten)**

Strassenverkehr wie Tempo 30 ausserhalb von Quartierstrassen. Der Unterschriftenbogen ist in dieser Ausgabe der IDEE abgedruckt. Bitte unterschreiben Sie die Initiative und senden Sie den ausgefüllten Bogen so schnell wie möglich zurück. Besten Dank!

Ebenfalls unterstützt die Junge SVP die **Volksinitiative «Ja zur Abschaffung der Radio- und Fernsehgebühren (Abschaffung der Billag-Gebühren)»**. Mit der Teilrevision des Radio- und Fernsehgesetzes (RTVG) müssen neu sogar sämtliche Haushalte und ein Grossteil der Unternehmen die Billag-Gebühren bezahlen, auch wenn sie gar kein Radio oder Fernsehen konsumieren. Diese aufgeblähte Subvention der Staatsmedien verhindert einen fairen Wettbewerb im Schweizer Medienmarkt und zementiert die dominante Rolle der SRG. Für eine echte Medienvielfalt und für mehr Konkurrenz im Medienwesen braucht es keine staatlichen Zwangsgebühren. Dafür braucht es dringend mehr Wettbewerb bei Radio und Fernsehen. Dafür ist die NoBillag-Initiative das richtige Instrument.

Privatsphäre schützen – NEIN zum antifreiheitlichen BÜPF!

Eine weitere wichtige Aufgabe bildet für unsere Partei der Schutz der Privatsphäre, die gleich

Achtung vor schrittweiser Einführung eines Verbots von Bargeldzahlungen!



Von Oliver Straub,
Vizepräsident Junge
SVP Schweiz,
8572 Berg TG

Regierungen fahren weiter mit ihrer weltweiten Verteufelung des Bargeldverkehrs. Obwohl in der Schweiz klar geregelt ist, dass jedermann eine Zahlung in bar annehmen muss, strebt der Bundesrat ein Verbot von Barzahlungen an. Dies mit dem klaren Zweck, seine Überwachungstätigkeit weiter auszubauen und mit der Ansicht, jeder, der Bargeld braucht, sei ein potentieller Verbrecher. Dagegen wehrt sich die Junge SVP Schweiz und fordert den Bundesrat auf, auf Einschränkungen des Bargeldverkehrs zu verzichten.

Nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 in den USA lancierte die Welt den Kampf gegen den Terror. Einer der wichtigsten Punkte dieses Kampfes ist die Verhinderung der Finanzierung von Terrorismus. Um die Terrororganisationen finanziell auszutrocknen, sollen

illegale Geldströme unterbunden werden. Um Geldwäscherei zum Zwecke der Terrorismusfinanzierung zu verhindern, wurden in vielen Staaten massive Überwachungssysteme aufgebaut. Einmal installiert, können aber nicht mehr nur Terroristen permanent überwacht werden, sondern jeder, der Vermögen besitzt und Zahlungen tätigt.

Die strengen Kontrollen – gegen Terrorismusgefahr durchaus legitim, nicht aber flächendeckend gegen den einfachen Bürger – dringen jedoch nicht in den Bereich der Bargeldzahlungen ein. Also nahmen die Regierungen auch den Bargeldverkehr ins Visier. Heute schon sind Zahlungen in bar nicht mehr in allen Ländern problemlos möglich. Bargeldzahlungen über 1'000 Euro sind in Spanien und Frankreich bereits verboten. Grössere Beträge können nur noch per Überweisung erfolgen. Das Ziel ist klar: keine Zahlung soll der Überwachung des Staates entgehen. So wird der gläserne Bürger – bereits von George Orwell vorausgesagt – immer mehr zur Tatsache.

In der Schweiz ist grundsätzlich jeder verpflichtet, Zahlungen von Bargeld in Franken – unserem gesetzlichen Zahlungsmittel – entgegenzunehmen. Nun hat der Ständerat, auf Antrag von Bundesrätin Widmer-Schlumpf, vor einigen Tagen beschlossen, Barzahlungen über 100'000

Franken zu verbieten. Dies mit dem Hinweis, hohe Bartransaktionen seien wegen ihrer Anonymität ein Hinweis auf dunkle Geschäfte. Dass solche Zahlungen praktisch nie vorkommen und der Bundesrat somit etwas regeln will, das kaum passiert, scheint den Ständerat nicht zu stören.

Weiter klar wurde die Absicht, Bartransaktionen zu verbieten, als Lukas Reimann in der Fragestunde vom 17. März vom Bundesrat wissen wollte, ob Postagenturen keine Bargeldeinzahlungen von Postkunden mehr annehmen. Die Antwort war klar: Als Bedingung zur Erteilung der Bankenbewilligung hat die FINMA die Regelung erlassen, dass in Postagenturen keine Bargeldeinzahlungen erlaubt sind. So wird jemand, der eine kleine Postüberweisung in bar erledigen will zum potentiellen Verbrecher und Geldwäscher.

Die Absichten sind klar: Der Bundesrat verdächtigt jede Einwohnerin und jeden Einwohner potentiell kriminell zu sein und will daher jede Transaktion überwachen. Dazu kann der Bundesrat keine Barzahlungen gebrauchen, welche sich ihrer Überwachung entziehen. Die Junge SVP Schweiz lehnt eine Einschränkung von Barzahlungen ab und wird weitere Schritte in Richtung eines absoluten Kontroll- und Überwachungsstaates bekämpfen.

Lehrplan 21: Wo ist der Haken?



Von Pascal Käser,
Präsident Junge
SVP Solothurn, Mit-
glied SVP Rüttenen

Der Lehrplan 21 wurde seit dem Herbst 2010 ausgefeilt und soll dieses Jahr im Herbst den Kantonen übergeben werden. Der neue Lehrplan solle die Schule harmonisieren sowie einfach verständlich sein, heisst es auf der Webseite. Neu soll dazu auf die Leitidee der «nachhaltigen Entwicklung» zurückgegriffen werden.

Dies bedeutet, dass auf gesellschaftliche Themen in Zukunft mehr Rücksicht genommen werden soll. Es bedürfe mehr politischer, ökonomischer, ökologischer, sozialer und kultureller Entwicklungen. Spätestens hier erkennt man die Fassade hinter dem Projekt. Ausser Lehrer- und Kantonsvertretern befinden sich im Stiftungsrat von «éducation 21» ausschliesslich SP-Politiker. Wirtschaftliche Themen werden hingegen im

Lehrplan 21 kaum erwähnt oder besser gesagt nicht solche, die im Vordergrund der Privatwirtschaft stehen. Lieber werden die Folgen des grossen Konsums oder die «Überschreitung der Belastungsgrenzen natürlicher Konflikte» im Unterricht mehrmals diskutiert. Heute sehr wichtige Begriffe wie «Berufswahl» oder «Bewerbung» spielen keine Rolle mehr. In der Zukunft wird die Theorie immer weiter im Vordergrund stehen wohingegen die Praxis immer weiter vernachlässigt wird. Die Lehrbetriebe werden sich freuen.

Stattdessen werden die Schüler mit linker Ideologie getrimmt. Dies ist zum Teil bereits heute der Fall. Es ist mehr als fraglich, weshalb es Aufgabe der Schule sein sollte, sich aktiv gegen den Rassismus einzusetzen, wo doch die Schweiz gemäss einer Studie in Europa einer der kleinsten prozentualen Anteile von Ausländern aufweist, die sich diskriminiert fühlen. Anstatt dessen werden sich die Schüler bei der Berufswahl wohl selbst überlegen müssen, wie man zu einem Beruf kommt.

Wer die Ziele des Lehrplans 21 durchliest hat eher das Gefühl er befinde sich auf einer Webseite der Rudolf Steiner Schule, als auf einer Webseite der zukünftigen Schweizer Schulen. Die Entwickler dieses Lehrplanes liebäugeln mit

sozialen Ideen, obgleich es ihnen egal ist, dass in der Zukunft die Kinder mit der Realität sowie dem Berufsleben überfordert sein werden.

Quellen:

<http://konsultation.lehrplan.ch/> (Verwendet: 06.02.14)

<http://www.derbund.ch/> Ausgabe vom 13. August 2013 (Verwendet: 06.02.14)

Die Weltwoche Nr. 21.13 (Verwendet: 06.02.14)

Die Weltwoche Nr. 50.12 (Verwendet: 06.02.14)

Die Weltwoche Nr. 33.13 (Verwendet: 06.02.14)



Wettbewerbsfrage:

Um was für ein Gebäude handelt es sich und wo in der Schweiz steht es?

Bild: zvg



Zu gewinnen:

5 rote Swiss-Card-Sets der Firma VICTORINOX, gestiftet vom Parteiunabhängigen Informationskomitee PIKOM sowie Tageseintritte für den Zoo Zürich, gestiftet von Pierre Juchli.



Benutzen Sie den Talon auf Seite 16 oder senden Sie die Lösung via Mail an idee@jsvp.ch

Auflösung Wettbewerb DIE IDEE 1/14

Die Frage war: Wer fehlt auf dem Gruppenfoto der SVP-Grossratsfraktion des Kantons Bern?



Auflösung:

Auf dem Bild fehlten Erich Hess und Hans Rudolf Schweizer, beide wurden übrigens mit Topresultaten wiedergewählt.

Die glücklichen Gewinner sind:

Tanja Nadig, Bern / Lilly Vogt, Bern / Doris Matthey, Ittigen / Thomas Bögli, Thun / Martin Vetter, Wohlen AG / Heinz Schild, Rüfenacht

Spenden in WIR



Sie können Spenden an DIE IDEE auch in WIR tätigen.

Spenden in WIR bitte BA an DIE IDEE, Postfach 6803, 3001 Bern senden. Konto 119 571 - 37

Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung.

Impressum

Verleger/Chefredaktor

a/Nationalrat und Grossrat Thomas Fuchs, Bern-Niederbottigen
tf@thomas-fuchs.ch

Herausgeber:

Förderverein SVP/JSVP

Redaktion DIE IDEE

Postfach 6803
3001 Bern

Ständige Mitarbeiter

Anian Liebrand, Beromünster, Nationalrat Lukas Reimann, Wil (SG), Grossrat Erich J. Hess, Bern, Jürg M. Stauffer, Ittigen (BE), Niels Rosselet-Christ, Le Brouillet

Telefon: 079 302 10 09

Telefax: 031 398 42 02

Homepage: www.zeitungidee.ch

E-Mail: idee@jsvp.ch

PC-Konto Junge SVP Schweiz 65-269996-5

BIC POFIGH33XXX

IBAN CH91 0900 0000 6526 9996 5

Layout:

Peter Hofstetter, Bödingen

Erscheinungsweise: Quartalsweise, deutsch und französisch

Auflage: bis 70'000 Expl.

Abonnemente Schweiz: Fr. 35.–

Abonnemente Ausland: Auf Anfrage

Insertionspreise:

Gerne stellen wir Ihnen unsere Preisliste zu.

Anruf genügt (079 302 10 09).

Der Nachdruck ist mit Quellenangabe und Zustellung eines Belegexemplars an die Redaktion gestattet und erwünscht.

Gedruckt auf Recycling-Papier.

Gastkommentare und Inserate müssen sich nicht mit der Redaktionsmeinung decken. Wir üben keine Zensur aus, wie dies leider heute bei anderen Medien immer mehr vorkommt.

Verbot von Miniröcken und Hotpants: Junge SVP Schweiz selbstverständlich dagegen!

Im Rahmen der Berichterstattung über eine geplante Volksinitiative der Jungen SVP Kanton St. Gallen, welche ein Kopftuchverbot an kantonalen Schulen erwirken will, kolportierten Schlagzeilen, die Junge SVP wolle zusätzlich auch Hotpants und Miniröcke verbieten. Die Junge SVP St. Gallen hält gegenüber der Jungen SVP Schweiz fest, dass dabei ein falscher Eindruck entstanden und dies klar nicht der Fall ist. Für die Junge SVP Schweiz kommt es ohnehin nicht in Frage, jungen Frauen an Schulen Kleidervorschriften zu machen und stellt ein für alle Mal klar, dass es vollständig in der Kompetenz der Schülerinnen (und deren Eltern) liegt, ob sie in kurzen oder langen Röcken, mit engen oder Stretch-Jeans den Unterricht besuchen.

Die Junge SVP Schweiz begrüsst grundsätzlich, wenn sich JSVP-Kantonalsektionen für die Verteidigung der christlich-abendländischen Werte und für eine Trennung von Religion und Staat engagieren. Kleidervorschriften lehnen wir dagegen grundsätzlich klar ab. Es gehört zur freiheitlich-liberalen Tradition und zum Werteverständnis der Schweiz, dass die Individualität hierzulande gross geschrieben wird. Jeder

und jede soll sich grundsätzlich freiwillig so kleiden dürfen, wie er oder sie will. Gerade aus diesem Grund macht ein Kopftuchverbot auf kantonaler Ebene, dort, wo das Thema aktuell ist, durchaus Sinn. Die wenigsten muslimischen Mädchen tragen ihr Kopftuch nämlich freiwillig. Sollte es mit bestimmten Kleidungsstücken zu Problemen kommen, liegt es an der betroffenen Schulleitung und den Eltern, autonom geeignete Massnahmen zu ergreifen. Dafür braucht es sicher keine kantonale Schulkleiderordnung.

Quiz

Wann wurde der Minirock erstmals in die Modewelt eingeführt?

- a) Ende der 1870er-Jahre
- b) Anfang der 1930er-Jahre
- c) Mitte der 1950er-Jahre

Zu gewinnen gibt es einen Gutschein von Fr. 100.–, der unter den Einsendenden verlost wird.

Einsenden an DIE IDEE, Postfach 6803, 3001 Bern oder Mail an idee@jsvp.ch



Studenten-Austauschprogramm «Erasmus»: Wofür die Millionen tatsächlich verwendet wurden

Der Aufschrei war gross. Am 9. Februar 2014 wurde die SVP-Masseneinwanderungsinitiative mit 50,3% Ja-Stimmen angenommen. Im Vorfeld warnten die Initiativgegner vor «verheerenden Konsequenzen Seitens der EU». Und nun ist es offenbar passiert: Die EU sistiert das Forschungsprogramm «Horizon 2020» und das Studenten-Austauschprogramm «Erasmus+». Medien und Studentenorganisationen laufen Sturm.



Von Leander Gabathuler
Stadtrat Nidau
Vizepräsident SVP Nidau, Generalsekretär Junge SVP Schweiz
2560 Nidau

Zwei Tage nach der Abstimmung schaltete NZZ-Campus schon den ersten stossenden Artikel. Gleich im ersten Satz schreibt der Autor: «Masseneinwanderung ist in der Schweiz kein reales Problem, sondern ein konstruiertes.» Damit werden die Sorgen einer Mehrheit der Bevölkerung gleich zu Beginn heruntergespielt, man könnte fast meinen, der Mehrheit der Ja-Stimmenden wird mit dem Artikel unterstellt, einem Gehirngespinnst hinterher zu jagen. Ende Februar dann der Kollaps: «Die Schweiz fliegt bei Erasmus raus!» Die Studenten standen unter Schock und trugen symbolhaft Erasmus auf dem Bundesplatz zu Grabe. Eine Woche später demonstrierten über 10'000 Menschen auf dem Bundesplatz «für eine offene Schweiz» und «gegen Rassismus und Abschottung». Organisiert wurde die Veranstaltung von linksgrünen Organisationen und Parteien und – man höre und staune – auch von Studentenorganisationen! Eine Studentenorganisation, welche zusammen mit linksgrünen Organisationen einen Anlass organisiert (der direkte Aufruf an alle Studenten erfolgte per Mail), welcher einer Mehrheit der Bevölkerung Fremdenfeindlichkeit und Rassismus unterstellt - Das ist ein Affront sondergleichen. An der Uni Bern ist die Mitgliedschaft in der Studentenorganisation SUB zum Beispiel ein Zwang, jeder Student ist automatisch Mitglied der SUB. Sollten solche Organisationen demnach nicht auch zwingend politisch neutral sein?

Eine Propaganda sondergleichen

Ich bin selbst Wirtschafts-Student und deshalb (scheinbar) Direkt-Betroffener des Erasmus- und Horizon 2020-Stops. Sorgen plagen mich seit dem 9. Februar jedoch keine. Und auch der Uni-Alltag läuft seit der Abstimmung, als wäre nichts geschehen. Tatsächlich passiert ist auch nicht wirklich viel, die Proteste und Einzelschicksale werden von Medien und Behörden hochstilisiert bis zum Geht-Nicht-Mehr. Auch das linksgeschaltete Staatsfernsehen berichtete mehrmals von den armen Studenten, welche offenbar nicht mehr ins Ausland pilgern können. Die Situation sei «sehr schwierig», «mühsam» und für manche ist «eine kleine Welt zusammengebrochen.» Unser ganzes Bildungssystem scheint nahe dem Kollaps zu sein.

Gewiss, die Situation hat sich seit dem 9. Februar nicht vereinfacht. Und ja: Für einige Studenten hat die Sistierung der Programme direkte Auswirkungen und Probleme zur Folge, welche aber natürlich nicht unlösbar sind. Aber für mich stellt sich an dieser Stelle die Frage, ob es die oberste Staatsaufgabe ist, einer handvoll Studenten einen angenehmen Auslandsaufenthalt zu organisieren und zu finanzieren? Ich meine nein. Diese Aufgabe kommt nicht dem Staat sondern in erster Linie den Universitäten und natürlich den Studenten selbst zu. Wer ins Ausland will, soll sich auch selbst darum kümmern.

Sturm im Wasserglas – Studentenaustausch ist gesichert

Nur ein sehr kleiner Anteil von gerade mal 6,3% aller Schweizer Studenten absolvieren während ihrer Studentenkariere ein Auslandsemester, es sind dies in etwa 3'000 Studenten pro Jahr. Zu glauben, an den Schweizer Unis stünden nun alle Räder still und die gesamte Studentenschaft laufe Sturm, ist demnach komplett verfehlt. An den Schweizer Hochschulen läuft für den Grossteil der Studierenden alles weiter wie gehabt. Offenbar haben die Universitäten im Hintergrund eine gute Arbeit geleistet. Von Seiten der Uni Bern erhielten wir Studenten zum Beispiel bereits mehrere Mitteilungen, dass der Studentenaustausch nicht gefährdet sei und dass man sich, wie man es eben geplant habe, ganz normal für Austauschprogramme anmelden solle. Wortwörtlich teilt die Universität Bern mit:

«Die Universität Bern wird Ihnen weiterhin Auslandsaufenthalte an europäischen und ausser-europäischen Universitäten ermöglichen, auch nachdem die EU angekündigt hat, der Schweiz den Mitgliedsstatus für Erasmus+ für das akademische Jahr 2014/15 nicht zu gewähren».

Brüssel forderte mehr Geld – Erasmus stand bereits vor der Abstimmung auf der Kippe

Anfang März wurde bekannt, dass die Schweiz offenbar bereits Ende 2013 in Verhandlungen mit der EU getreten ist. Brüssel hat einem internen Bundesratspapier zufolge mehr Geld verlangt – viel mehr Geld! Anstelle der vereinbarten Pauschale von 185 Millionen Franken für die Jahre 2014–2020, verlangte Brüssel plötzlich mehr als doppelt so viel: 500 Millionen. Die Schweiz habe in Zukunft gefälligst den angemessenen Beitrag gemessen an ihrem BIP zu bezahlen. Der zuständige Bundesrat Schneider-Ammann schlug dem Bundesrat zwei Varianten vor: Entweder der EU komplett nachgeben und den Betrag sprechen oder erst einmal einen Betrag für die Jahre 2014 bis 2016 sprechen und anschliessend beim Parlament für den Zeitraum 2017 bis 2020 eine Krediterhöhung verlangen. Beide Varianten wies der Gesamtbundesrat zur

Überarbeitung zurück. Zur Diskussion stand zu diesem Zeitpunkt auch eine Sistierung der Verträge. Die Studentenprogramme standen also bereits vor dem 9. Februar und vor dem Ja zur Masseneinwanderungsinitiative kurz vor dem Aus. In dem Medien beginnt beinahe jede Einleitung zu diesem Thema jedoch mit den Worten «Nach dem Ja zur Masseneinwanderungsinitiative der SVP...» – eine bewusste Propaganda, um der Bevölkerung die (scheinbar) harten Konsequenzen aufzuzeigen, welche wir nun alle zu tragen haben.

Interessant wird es nun, wenn man konkret nachforscht, wo denn diese Millionen für die Studentenprogramme bisher hingeflossen sind. Von 2011 bis 2013 bezahlte die Schweiz 77,5 Millionen Franken an das Austauschprogramm an Brüssel. 86 Millionen flossen wieder zurück in die Schweiz, wovon aber lediglich 17 Millionen Franken (!) an die Büros der Universitäten zurück verteilt wurden. Mit den restlichen rund 80% dieser Mittel fördert der Steuerzahler hunderte dubiose Organisationen und Programme. Die BAZ schreibt dazu («Geld für Pinocchio, Yoga und Zirkus-Kurse,» BAZ, 06.03.2014):

«20'000 Euro gingen beispielsweise an ein «Pinocchio-Forum», welches das Bewusstsein für Kreativität stärken soll. 32'000 Franken erhielt die Vegetarische Vereinigung, um ihr Management zu professionalisieren und auf der Strasse für vegetarische Ernährung zu werben. Stolze 300'000 Franken erhielt ein tierärztliches Lehrmittel in Hufanatomie. Gleichviel ging an ein Bildungsangebot für fremdsprachige Frauen in der Schweiz. Für 16'000 Euro wurden Yoga-Kurse unterstützt, die «östliche Weisheit in die westliche Bildung» bringen sollten. Zirkus-Kurse für Erwachsene stehen genauso auf der Liste der geförderten Projekte wie der «Dachverband der Regenbogenfamilien» und «Milchbüechli – die Zeitschrift für falschsexuelle Jugend».

Der Bundesrat hat nun entschieden, sämtliche betroffene Programme direkt zu fördern. Damit hat die Schweiz nicht nur die volle Kostenkontrolle sondern ist gleichzeitig auch nicht mehr von der Diktatur aus Brüssel abhängig. In den Medien wurden in den letzten Wochen diese Entwicklungen mit einem negativen Beigeschmack verkauft. Ich hingegen werte diese Entwicklungen, als Student wie auch als SVP-Vertreter, äusserst positiv. Endlich kommt ans Tageslicht, was hinter dem Rücken der Bevölkerung mit dem Steuergeld angestellt wurde. Endlich kommt das wahre Gesicht der totalitären EU zum Vorschein. Letzten Endes wurden auch wir Studenten betrogen, die Millionenbeträge versickerten im Beamtenstaat und in dubiosen Vereinen, anstelle in erster Linie direkt zu den Universitäten und den Studenten zu fliessen. Bisher ging auch folgender Aspekt völlig unter: Mit der Ausgrenzung der Schweiz aus den

Forschungs- und Studentenprogrammen grenzt sich die EU selbst vom weltweit innovativsten Forschungs- und Werkplatz Schweiz aus. Ein solches Verhalten kann nicht im Interesse der europäischen Bevölkerung und der europäischen Studierenden liegen. Die Schweiz und ihre Hochschulen täten gut daran, die Brüsseler Bürokraten im Regen stehen zu lassen und eigenständig mit den einzelnen Staaten und mit den einzelnen Universitäten in Verhandlungen über eine Fortführung und Optimierung zu treten. Ein gegenseitiges Interesse daran dürfte offensichtlich vorhanden sein.

Die öffentliche Meinung ist für viele Politiker bloss eine Entschuldigung dafür, dass sie keine eigene Meinung haben.

Thornton Wilder
Amerik. Schriftsteller (1897–1975)

Muttertagsaktion 2014 der Jungen SVP Oberwallis

Am Samstagmorgen den 10. Mai 2014 wurde wiederum die alljährliche Muttertagsaktion der Jungen SVP Oberwallis in Brig und Visp durchgeführt. Dabei wurden, wie jedes Jahr, als kleines Dankeschön, Rosen und ein kleines Muttertagskärtchen an Mütter verteilt. Die wunderbare Arbeit, welche eine Mutter für ihr Kind, seine Zukunft und damit auch für unsere ganze Gesellschaft leistet, ist wertvoll und unbezahlbar. Am Muttertag wollen wir einmal unseren Blick darauf richten und unserem Dank Ausdruck verleihen. Deswegen hat die Junge

SVP Oberwallis dieses Jahr bereits zum wiederholten Male die alljährliche Muttertagsaktion in Visp und Brig durchgeführt. Das Ziel dieser Aktion ist es, den Müttern jene Wertschätzung zu übermitteln, welche ihrer wichtigen, unbezahlbaren Arbeit gebührt. Diese unbezahlte Arbeit kann nicht genug gewürdigt werden, da sie für das einzelne Kind, wie auch für die gesamte Gesellschaft und unser Land von unschätzbarem und unbezahlbarem Wert ist. Auf diese Bedeutung und Wichtigkeit will die JSVPO mit ihrer Aktion wiederum hinweisen.



Von links nach rechts: Das Aktivkomitee der Jungen SVP Oberwallis: Sophie Erne, Silja Erne, Diego Schmid, Michael Kreuzer, Alessandro Marino, Nicole Zimmermann, Pascal Wyssen

Rassendiskriminierung quo vadis?

Von Dr. rer. publ. HSG Rolando Burkhard, Bern

Im Juni 2012 habe ich einen Artikel geschrieben mit dem Titel «Was tun gegen die UNO-Giftpfeile?». Mein Text wurde am 29.6.2012 im Tessiner SVP-Blatt «Il Paese» veröffentlicht und fand danach auch Eingang in die Juli-Ausgabe 2013 von «Pro Libertate» (PL-Mitteilungen 4/13). Gewisse Kreise befanden nun den Artikel für «rassistisch» und haben bei der Staatsanwaltschaft Bern wegen Verstosses gegen den Rassendiskriminierungs-Artikel (Art. 261bis StGB) geklagt.

Um was ging es bei besagtem Artikel? Ich habe darin schlicht und einfach meinem Unverständnis darüber Ausdruck gegeben, dass der zuständige UNO-Berichterstatter für die Versammlungsfreiheit, der Kenyaner Maina Kiai, in seinem Bericht scharfe Kritik übte am Genfer Kundgebungsgesetz, er in der Schweiz schwere Einschränkungen der Versammlungsfreiheit ortete und uns so quasi auf die gleiche Stufe stellte wie Ägypten, Bahrain, China, Syrien und Weissrussland (seinen Heimatstaat Kenya erwähnte er lustigerweise nicht).

Ich habe in meinem Artikel weiter darauf hingewiesen, dass nicht allzu lange Zeit vorher ein weiterer UNO-Berichterstatter, jener zum Rassismus (der Senegalese Doudou Diène), in

seiner Berichterstattung der Schweiz Rassismus und Diskriminierung vorwarf (auch in seinem Bericht finden sich keinerlei Hinweise auf entsprechende Verstösse in seinem Heimatland).

Weiter habe ich in meinem Artikel darauf hingewiesen, dass es in notorischer Weise einheimische linke Gruppierungen und Organisationen sind, welche besagten UNO-Gremien solchermaßen irrwitzige Ideen fleissig einflüstern, und habe mir die Frage gestellt, was die Schweiz in solch manipulierbaren und dogmatisch unterwanderten UNO-Gremien (die wir erst noch mit Millionenbeträgen finanzieren) denn noch zu suchen habe.

Für meine Meinungsäusserung habe ich deutliche Worte gewählt. So habe ich namentlich geschrieben:

- **«Muss es uns kümmern, dass irgend ein dahergelaufener Schwarzafrikanischer UNO-Delegierter die Schweiz derartig grossmüdig abkanzelt?»**
- **«Erstens kommen die dem afrikanischen Busch*) entronnenen UNO-Delegierten schon gar nicht selber auf solch irrwitzige Ideen;...»**
- **«Die armen Schwarzafrikaner dienen diesen Organisationen lediglich als «nützliche Idioten», um über die Transmissionsriemen der UNO-Gremien ihre eigenen Ideen an die**

grosse internationale Glocke zu hängen».

**) Das war wohl ökologisch nicht ganz korrekt, ich hätte wohl besser von «Regenwald» gesprochen.*

Aber ohalätz! Mit meinen Aussagen bin ich einer bekannten schweizerischen Menschenrechtsaktivistin (deren Name ich aus Datenschutzgründen nicht bekannt geben darf) offenbar zu nahe getreten. Denn sie hat umgehend Klage gegen «Pro Libertate» (und damit indirekt auch gegen mich) eingereicht wegen Verstosses gegen den Antirassismus-Artikel (261bis StGB).

Die Staatsanwaltschaft Bern hat diese Klage mit Verfügung vom 11. Dezember 2013 aus nachvollziehbaren Gründen wohlweislich abgewiesen und der «Pro Libertate» eine «Nicht-anhandnahme-Verfügung» zugestellt. Dagegen kann die Klägerin noch Beschwerde einreichen (ob sie es tut, weiss ich nicht; sollte sie es tun, soll's mir Recht sein).

Denn über diesen banalen und lächerlichen Fall hinaus müssen wir uns ernsthaft die Frage nach der Daseinsberechtigung dieser Strafnorm stellen. Sollte sie seitens der Linken lediglich als Vehikel zur «Mundtotmachung» unliebsamer, politisch «nicht korrekter» Meinungen erhalten, dann gehört sie möglichst rasch abgeschafft.

«Höchstgeschwindigkeit 140 km/h auf Autobahnen»

Im Bundesblatt veröffentlicht am 20.05.2014



Die unterzeichneten stimmberechtigten Schweizer Bürgerinnen und Bürger stellen hiermit, gestützt auf Art. 34, 136, 139 und 194 der Bundesverfassung und nach dem Bundesgesetz vom 17. Dezember 1976 über die politischen Rechte, Art. 68ff. folgendes Begehren:

Die Bundesverfassung wird wie folgt geändert:

Art. 82 Abs. 4-7

⁴ Auf Autobahnen beträgt die allgemeine Höchstgeschwindigkeit für Fahrzeuge unter günstigen Strassen-, Verkehrs- und Sichtverhältnissen 140 km/h.

⁵ Die allgemeine Höchstgeschwindigkeit von 140 km/h auf Autobahnen gilt ab dem Signal «Autobahn» und endet beim Signal «Ende der Autobahn».

⁶ Abweichende signalisierte Höchstgeschwindigkeiten auf Autobahnen gehen der allgemeinen Höchstgeschwindigkeit gemäss Absatz 4 vor.

⁷ Das Signal «Freie Fahrt» zeigt auf Autobahnen an, dass mehrere zuvor signalisierte Beschränkungen für den fahrenden Verkehr enden und wieder die allgemeine Höchstgeschwindigkeit gemäss Absatz 4 gilt. Das Ende einer Baustelle auf Autobahnen wird mit diesem Signal angezeigt, sofern keine signalisierte Beschränkung bestehen bleibt oder neu beginnt; weiterhin gültige Beschränkungen sind zu wiederholen.

Bitte ganze Seite einsenden an:

DIE IDEE
Postfach 6803
3001 Bern

Auf dieser Liste können nur Stimmberechtigte unterschreiben, die in der genannten politischen Gemeinde in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigt sind. Bürgerinnen und Bürger, die das Begehren unterstützen, mögen es handschriftlich unterzeichnen. Wer bei einer Unterschriftensammlung besticht oder sich bestechen lässt oder wer das Ergebnis einer Unterschriftensammlung für eine Volksinitiative fälscht, macht sich strafbar nach Art. 281 beziehungsweise nach Art. 282 des Strafgesetzbuches. Ablauf der Sammelfrist: 20.11.2015



Hier alles ausfüllen



Kanton	PLZ	Politische Gemeinde

Vorname	Name	Geburtsdatum			Wohnadresse (Strasse, Hausnummer)	Unterschrift
		Tag	Monat	Jahr		
Handschriftlich, Blockschrift, selbst geschrieben, leserlich	Handschriftlich, Blockschrift, selbst geschrieben, leserlich	leserlich	leserlich	leserlich	Blockschrift, selbst geschrieben, leserlich	eigenhändig

Kontrolle
Leer lassen

Leer lassen

Das Initiativkomitee, bestehend aus nachstehenden Urheberinnen und Urhebern, ist berechtigt, diese Volksinitiative mit absoluter Mehrheit seiner noch stimmberechtigten Mitglieder zurückzuziehen: Marco Schläpfer, Seestrasse 110d, 8610 Uster; Florian Maier, Heidenchilenstrasse 21, 8907 Wettswil am Albis; Renato Altenburger, Chlini Grof 22, 9470 Buchs; Ursula Schläpfer, Obere Sihleggstrasse 1, 8834 Schindellegi; Yves Guyer, Bachtelstrasse 23, 8636 Wald; Lukas Reimann, Ulrich-Röschstrasse 13, 9500 Wil; Olivier Kessler, Gubelstrasse 48, 8050 Zürich

Die unterzeichnete Amtsperson bescheinigt hiermit, dass obenstehende (Anzahl) Unterzeichnerinnen und Unterzeichner der Volksinitiative in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigt sind und ihre politischen Rechte in der erwähnten Gemeinde ausüben.

Ort	Eigenhändige Unterschrift	Amtsstempel
Datum	Amtliche Eigenschaft	

Spezialangebot: Bücher ohne Buchpreisbindung



Daniel Gehringer
FAUVETTE – Die stille Front
Spannend wie ein Krimi



500 Jahre Marignano
Pünktlich zum 500. Jahrestag der «Schlacht von Marignano» kommt ein wuchtiges Werk heraus, das den wegweisenden Wendepunkt in der Schweizer Geschichte beleuchtet.
Roland Haudenschild (Hrsg.) und 25 weitere Autoren: «Marignano 1515–2015 – Von der Schlacht zur Neutralität».
Geleitwort von Bundespräsident Didier Burkhalter.
258 Seiten, 180 Abbildungen farbig und schwarz- weiss, Leinen, gebunden mit farbigem Schutzumschlag. Beilage: Luftaufnahme des Schlachtfeldes von Marignano. – Fondazione Pro Marignano / Verlag Merker im Effingerhof, Lenzburg 2014.
ISBN 978-3-85648-147-6.



Hansueli Bleiker
Senioren am Steuer – eine neue Risikogruppe?
Nein – darum sind sie es nicht!
Eine Garantie für längeres und besseres Fahren im Alter
Soeben erschienen – 3. Auflage



Matthias Ackeret
Das Blocher-Prinzip
210 Seiten, broschiert
ISBN 978-3-85801-188-6



Jürg Stüssi-Lauterburg - Hans Luginbühl
Freier Fels in brauner Brandung
Die Schweiz in den schwersten Jahren des Bundesstaates 1940 bis 1942
Herausgeber: Pro Libertate, Postfach, 3052 Zollikofen
272 Seiten, davon 68 mit Abbildungen, Pappband gebunden
ISBN 978-3-9521945-9-1

Bestellschein

___ Expl.	Stüssi-Lauterburg/Luginbühl	Freier Fels in brauner Brandung
___ Expl.	Roland Haudenschild	500 Jahre Marignano
___ Expl.	Hansueli Bleiker	Senioren am Steuer
___ Expl.	Matthias Ackeret	Das Blocher-Prinzip
___ Expl.	Daniel Gehringer	FAUVETTE – Die stille Front

Spezialpreise

CHF 29.–
CHF 75.–
CHF 28.50
CHF 39.–
CHF 15.–
(exkl. Porto)

Name _____ Vorname _____

Strasse _____ PLZ/Ort _____

Datum _____ Unterschrift _____

Bestellung einsenden an: DIE IDEE, Postfach 6803, 3001 Bern – Fax 031 398 42 02 – E-Mail idee@jsvp.ch

Die bundesrätliche Absicht

Auf dem Schleichweg in die EU

Der Bundesrat will mit der Europäischen Union einen **Rahmenvertrag** abschliessen. Dieser Rahmenvertrag soll die **«institutionelle Einbindung»** der Schweiz in die EU sicherstellen.

Der Bundesrat will

- dass die Schweiz **alles EU-Recht**, das Brüssel zu allen heutigen und künftigen bilateralen Verträgen einseitig bereits beschlossen hat oder in Zukunft noch beschliessen wird, **automatisch** (der Bundesrat wählt dazu das Wort «dynamisch») übernimmt. Damit wird der sog. **«acquis communautaire»** der EU **verbindliches Recht für die Schweiz**.
- für die **Streiterledigung** aus bilateralen Verträgen den **EU-Gerichtshof** – also das höchste Gericht der Gegenpartei – als das **für die Schweiz zuständige Gericht anerkennen**.

Der Bundesrat **übernimmt** also **fremdes Recht**. Und er **akzeptiert fremde Richter**. Derjenige, der diese «Lösung» im Auftrag des Bundesrats mit der EU ausgearbeitet hat, **Staatssekretär Yves Rossier**, sagt dazu wörtlich: **«Ja, es sind fremde Richter, aber es geht auch um fremdes Recht.»** («NZZ am Sonntag», 19. Mai 2013).

Damit wird die Schweiz faktisch EU-Mitglied – ohne Volksabstimmung!

Der Bundesrat behauptet zwar, dass die Schweiz im konkreten Fall die Übernahme von EU-Recht sowie die Befolgung von Entscheiden des EU-Gerichts ablehnen könne. Dafür muss die Schweiz aber **Sanktionen jeder Art** (Vertragskündigung oder -aussetzung, Strafzahlungen usw.) seitens

der EU hinnehmen – im Wortlaut des Bundesrats werden diese Sanktionen zu «Ausgleichsmassnahmen» beschönigt.

Wer einseitig **Sanktionen erlassen** kann, kann immer auch **mit Sanktionen drohen**. Und Sanktionsdrohungen haben immer den Charakter von **Erpressung**.

Der Bundesrat will also die Schweiz **fremdem Recht**, gesprochen von **fremden Richtern** unterstellen. Und er lässt zu, dass die Schweiz **Erpressungs-Opfer** von EU-Ansprüchen wird.

Das heisst: Die Schweiz ist nicht mehr ein freies, unabhängiges, selbständig entscheidendes Land.

Das darf nicht geschehen! Das Komitee «Nein zum schleichenden EU-Beitritt» will diese Entwicklung verhindern.

Wir bitten Sie: Werden Sie Mitglied und unterstützen Sie das Komitee finanziell.

Wir danken Ihnen dafür herzlich.

Komitee «Nein zum schleichenden EU-Beitritt»

Dr. Christoph Blocher
Nationalrat, Präsident

Dr. Ulrich Schlüer
alt Nationalrat, Sekretariat

NEIN
zum schleichenden
EU-Beitritt

*Herzlichen Dank
für Ihre
Unterstützung!*

Überparteiliches Komitee

NEIN
zum schleichenden
EU-Beitritt

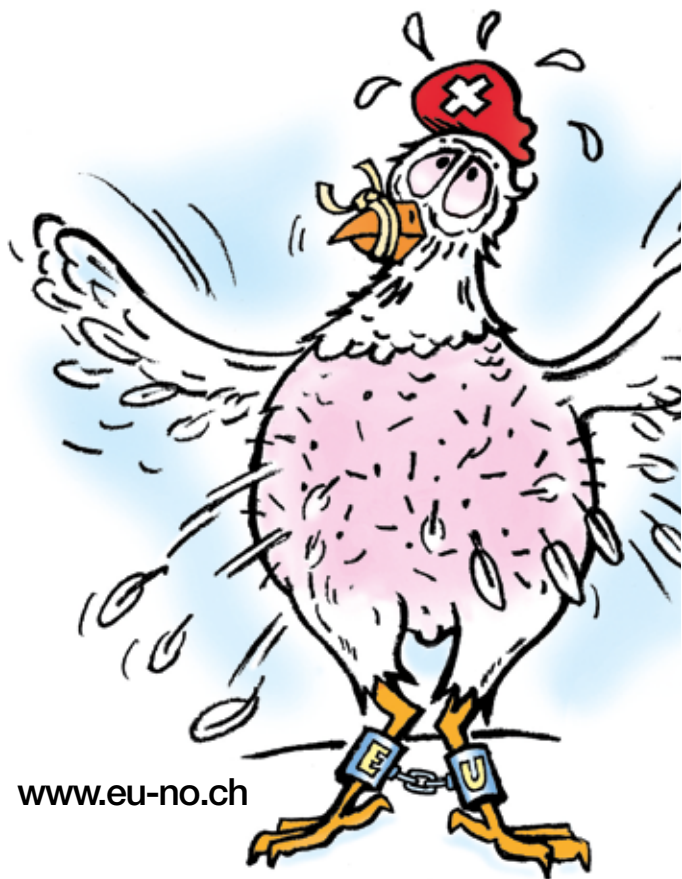
Postfach 23, 8416 Flaach
PC: 85-126820-7, info@eu-no.ch



www.eu-no.ch

EU-No!

Überparteiliches Komitee
NEIN zum schleichenden
EU-Beitritt



www.eu-no.ch

- Worum geht es?
- Was ist zu tun?

**«Institutionelle Einbindung»
in die EU via Rahmenvertrag
heisst für die Schweiz:**

- Fremde Richter, fremdes Recht
- Souveränitätsverlust
- Verlust der Unabhängigkeit
- Verlust von Selbstbestimmung
- Demontage der Direkten Demokratie
- Ausbeutung, Verarmung der Schweiz
- Höhere Steuern und Abgaben, Arbeitslosigkeit

Die massivst überschuldete EU verlangt von der Schweiz «institutionelle Einbindung». In Wahrheit will sie auch an unser Geld. Wir sind nicht Brüssels Milchkuh!

NEIN
zum schleichenden
EU-Beitritt



Komitee «Nein zum schleichenden EU-Beitritt»

Ich trete bei (Jahresbeitrag: Mindestens Fr. 10.–)

Bitte abtrennen und einsenden an:

Komitee
«Nein zum schleichenden EU-Beitritt»
Postfach 23
8416 Flaach ZH

Name: _____ Vorname: _____

Strasse/Nr: _____

PLZ: _____ Ort: _____

E-Mail: _____

(Wir benötigen Ihre Mail-Adresse, damit wir Sie regelmässig über Aktivitäten informieren können.
Wir versprechen Ihnen: Eine Weitergabe Ihrer Mail-Adresse findet nicht statt.)

Jahrgang: _____ Datum: _____ Unterschrift: _____

Volksinitiative «Höchstgeschwindigkeit 140 auf der Autobahn» startet mit aktiver Mithilfe der Jungen SVP

Am Dienstag, 20. Mai 2014, hat die Sammelfrist für die eidgenössische Volksinitiative «Höchstgeschwindigkeit 140 km/h auf Autobahnen» begonnen. Als einzige Partei hat die Junge SVP Schweiz an der Delegiertenversammlung vom 29. März 2014 beschlossen, die Volksinitiative zu unterstützen. So beteiligen sich nun auch etliche JSVP-Kantonalparteien aktiv an der Unterschriftensammlung. In vielen Städten bilden JSVP-Mitglieder die Stützpunktverantwortlichen und tragen mit Standaktionen dazu bei, das ehrgeizige Ziel zu erreichen, die am schnellsten zustande gekommene Volksinitiative der Geschichte zu schaffen.

Die 140er-Volksinitiative verfolgt das Ziel, die allgemeine Höchstgeschwindigkeit für Fahrzeuge auf Autobahnen bei günstigen Verhältnissen auf 140 km/h festzusetzen. Ausnahmen sind dabei ausdrücklich möglich, zum Beispiel, wenn die Sichtverhältnisse nicht optimal sind. Die Tempolimite grundsätzlich auf 140 km/h zu erhöhen, ist seit Jahren eine Forderung im Parteiprogramm der Jungen SVP Schweiz. Die Initiative umzusetzen ist problemlos möglich. Weder die Unfallgefahr würde erhöht, noch die Sicherheit abnehmen. Vielmehr ermöglicht

Tempo 140 km/h auf Autobahnen einen flüssigeren Strassenverkehr und weniger Stau.

In diesen Tagen veranstalten JSVP-Sektionen in der ganzen Schweiz Standaktionen, an denen Unterschriften für die 140er-Initiative gesammelt werden und wo die zahlreichen Facebook-

Unterstützer der Initiative (über 150'000!) ihre ausgefüllten Unterschriftenbogen abgeben können. In Luzern sind an einem Tag bereits über 700 Unterschriften zusammengekommen. Es braucht aber noch einen grossen Effort, damit wir Erfolg haben!

Die Unterschriftenbögen können unter www.140er.ch heruntergeladen werden



Standaktionen 140er-Initiative

**Sie stehen im Stau?
Darum 140er-Initiative unterschreiben!**

(Auf dem Bild: JSVP-Präsident Anian Liebrand)



Erfolgreicher JSVP-Parlamentarierclub mit Top-Referent Dr. Thomas Borer

Am Dienstag, 3. Juni 2014, fand wiederum der traditionelle, erneut sehr gut besuchte Parlamentarierclub statt, der jährlich gemeinsam von der Jungen SVP Kanton Bern und der Jungen SVP Schweiz organisiert wird. Der diesjährige Gastreferent, der ehemalige Schweizer Botschafter Dr. Thomas Borer, äusserte seine Gedanken zu den aussenpolitischen Herausforderungen der Schweiz glasklar und ungeschminkt. Er appellierte, gegenüber dem Ausland vermehrt die Vorteile des Sonderfalls Schweiz zu verteidigen.



Hätten Sie es gewusst?

Versicherungs-Ratgeber

Schweizerischer
Versicherungsverband
www.svv.ch

Unfall als Hausfrau – wie ist das versichert?

Mein Mann und ich haben drei kleine Kinder. Ich betreue die Kinder und den Haushalt. Mein Mann arbeitet bei der Bahn und ist oft unterwegs. Was passiert, wenn ich verunfalle? Was ist, wenn ich invalid würde oder gar sterben müsste?

Als Hausfrau sind Sie nicht so umfassend versichert wie Ihr Mann, der einen erweiterten Versicherungsschutz bei Unfall, Krankheit und Invalidität über den Arbeitgeber genießt. Als Hausfrau und Mutter sind Sie zwar bei Unfall und Krankheit für die Heilungskosten obligatorisch bei einer Krankenkasse versichert. Doch sollten Sie prüfen, welche weiteren Absicherungen für Sie sinnvoll sind. Denn wenn Sie einmal ausfallen sollten, müssten Ihre Aufgaben von jemand anderem wahrgenommen werden, und das kann kosten.

Versicherungsschutz überprüfen

Prüfen Sie beispielsweise, ob für Sie eine Tag-



Bild: zvg

geldversicherung sinnvoll ist; viele Versicherungen bieten eine entsprechende Deckung an. Damit kann zum Beispiel eine Betreuung für die Kinder finanziert werden, wenn Sie diese unfallbedingt nicht selber betreuen können. Auch mit den Risiken Invalidität und Tod sollten Sie sich auseinandersetzen. Hier könnte der Abschluss einer Versicherung für ein Invaliditäts- und Todesfallkapital geprüft werden. Solche finanzielle Absicherungen sind für eine Familie insbesondere dann sinnvoll, wenn kleine Kinder da sind.

Veranstungshinweise der JSVP-Kantonalsektionen

 www.jsvp.ch 30.8.2014 Delegiertenversammlung 5.12.2014 Fondue Chinoise, Kreuz Legenstorf	 www.jsvpbern.ch 11.7.2014 Grillparty Bienzgut, Bümpliz 14.9.2014 ab 9.30 Uhr Burezmorge Bienzgut Bümpliz 5.12.2014 Fondue Chinoise, Kreuz Legenstorf	 www.judc-ne.ch 18.10.2014 Delegiertenversammlung	 www.jsvp-thurgau.ch
 www.jsvp-aargau.ch	 www.judc-fr.ch	 www.jsvp-ow.ch	 www.jsvp-uri.ch 5.7.2014 Bootsanlass auf dem Vierwald- stättersee
 www.jsvp-ar.ch	 www.judc-ge.ch	 www.jsvp-sh.ch	 www.udc-vaud.ch/jeunes 30.8.2014 Delegiertenversammlung
 www.jsvp.ch	 www.jsvp-gl.ch	 www.jsvp-sz.ch	 www.jsvpo.ch
 www.jsvp-bl.ch	 www.jsvp-gr.ch	 www.jsvp-so.ch	 www.jsvp-zg.ch 5.7.2014 Grillanlass, See-Club Zug ab 17 Uhr
 www.jsvp-bs.ch	 www.jsvp-luzern.ch	 www.jsvp-sg.ch	 www.jsvp-zh.ch

Anlässe für die Ausgabe 3/2014 melden an: idee@jsvp.ch – Bitte konsultieren Sie für Details die jeweiligen Homepages!

Gesucht

SVP-Mitglied sucht kleineres bis mittleres

Mehrfamilienhaus

in Bern, Thun oder Zürich

Diskrete und rasche Abwicklung garantiert.
Interessenten melden sich wie folgt: Chiffre
3444, Zeitung DIE IDEE, Postfach 6803,
3001 Bern oder Mail an idee@jsvp.ch oder
Telefon 079 328 77 86

Grill-Party 2014

Freitag, 11. Juli 2014, ab 19.00 Uhr
Bauernhaus BIENZGUT in Bümpliz
Bernstrasse 77, 3018 Bern

Fleisch vom Grillbuffet «bis gnue»
mit diversen Salaten.

Kosten: Fr. 29.–

(Lehrlinge/Studenten Fr. 20.–)

Für musikalische Unterhaltung ist gesorgt.

Bitte anmelden!

079 328 77 86 (Erich J. Hess)

079 302 10 00 (Thomas Fuchs)

idee@jsvp.ch

Junge vor! Zukunft – Heimat!



Helft mit, unser Land zu gestalten – immer das Wohlergehen und die Zukunft unserer Heimat im Fokus. Die Schweiz befindet sich in rauem Gegenwind, die ein starkes Selbstbewusstsein und eine ebensolche Landesregierung bedingt. Setzt Euch zusammen mit der SVP für unser Land ein!

Auch im Jahr 2014 finden wieder Zukunftsseminare mit Parteipräsident Toni Brunner, zusammen mit nationalen SVP-Exponenten und weiteren Persönlichkeiten statt

Daten Zukunftsseminare 2014

Zielgruppe: 16 – 36 jährige Jugendliche

Ort: Landgasthof Sonne «Haus der Freiheit», Wintersberg, 9642 Ebnet-Kappel
www.hausderfreiheit.ch

Zeit: Jeweils samstags 10.00 Uhr bis 15.00 Uhr

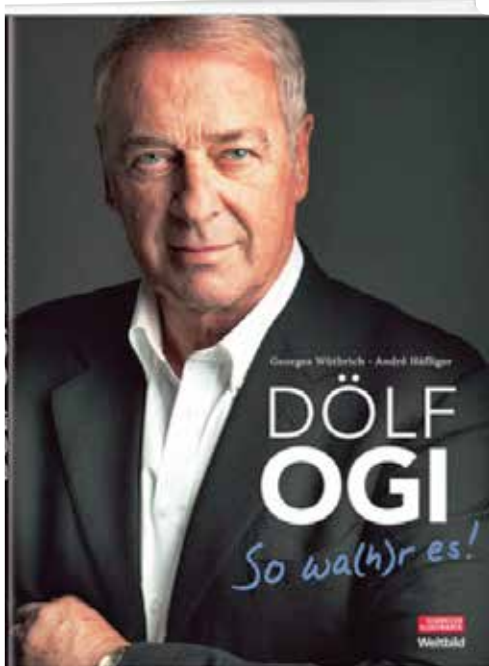
Info: Die Seminare sind kostenlos. Mittagessen und Mineral pauschal CHF 20.–

Daten: Samstag 27. September; 1. November; 29. November 2014

Anmeldung mit Adresse, Handynummer und Anreiseinfo:

Marcia Cerantola, cerantola@svp.ch, 031 300 58 58 (auch für Fragen)

Dölf Ogi – So wa(h)r es!



Das facettenreiche Lebenswerk des charismatischen Schweizer Staatsmannes wird in dieser Hommage neu und umfassend aus verschiedensten Perspektiven beleuchtet – oft mittels bisher unveröffentlichter Bild- und Textmaterialien. Dabei gewährt Dölf Ogi auch unmittelbare Einblicke in bisher kaum bekannte private Seiten seines so reichen Lebens. Gemäss dem Wortspiel «So wa(h)r es!» zeigt dieser grosszünftig bebilderte Band den aussergewöhnlichen Lebenslauf vom einfachen Kandersteger Buben zum Bundespräsidenten der Schweiz und zum UNO-Untergeneralsekretär.

Die Autoren:



Georges Wüthrich, geboren 1949 in Arbon, war langjähriger Bundeshausredaktor von «Blick». In dieser Zeit begleitete er Adolf Ogi, während dessen Bundesratszeit und auch später bei seiner UNO-Tätigkeit, mit kritischem, journalistischem Blick. Wüthrich ist seit 1973 Journalist, unter anderem gehörte er auch der Gründungsredaktion der «SonntagsZeitung» sowie der Chefredaktion der Frauenzeitschrift «annabelle» an. Er liess sich 2009 frühzeitig pensionieren und ist im Unruhestand weiterhin als freier Publizist tätig.



André Häfiger, geboren 1956 in Luzern, ist als langjähriger Chefreporter in den Verlagshäusern Ringier («Blick» und «SonntagsBlick») sowie NLZ-Gruppe («Neue Luzerner Zeitung») einer der angesehensten Gesellschafts-Journalisten der Schweiz. Er kennt Adolf Ogi seit Beginn der Achtzigerjahre, hat über 1500 Berichte über ihn verfasst und ihn ebenso oft fotografisch ins Bild gesetzt.

Weber Verlag, Thun/Gwatt
©2012, 176 Seiten, zahlreiche farbige Abbildungen, 17 x 24 cm, gebunden (dt.)
ISBN 978-3-03812-505-1
CHF 39.– (inkl. DVD)

Verlosung

DIE IDEE verlost ein Buch
«Dölf Ogi – So wa(h)r es!»
Benutzen Sie den Talon Seite 16

Leserbrief

Wasser statt Wein

Auf Seite 16 (IDEE 1/14) machen Sie sich lustig über Menschen, die Wasser statt Wein trinken, und das unter der Rubrik «Man lerne von den älteren, erfahrenen Mitmenschen». Der weise König Salomo schreibt: «Der Wein macht lose Leute, und starkes Getränk macht wild. Wer dazu Lust hat, wird nimmer weise», (nachzulesen in den Sprüchen Salomos, Kapitel 20.1 und Kapitel 23.31 ff) «Siehe den Wein nicht an, dass er so rot ist und im Glase so schön steht, er geht glatt ein, aber darnach beisst er wie eine Schlange und sticht wie eine Otter ...»

Ich meide nicht nur roten Wein, sondern auch rote Parteien.

Aber Salomo hatte Erfahrung, mehr als die alberne Grossmutter, die ihr Enkelkind anlügt. Und Sie sind so blöd, solche Witze zu publizieren. Sie haben in Ihrem Blatt auch viele gute Ideen, die dann durch solch unangebrachte Witze zunichte gemacht werden.

Ich wünsche Ihnen viel Erfolg.

Hanspeter Bärtschi, alt Gemeinderat,
2560 Nidau

Strafklage gegen Inserat zur Muslim-Einwanderung?

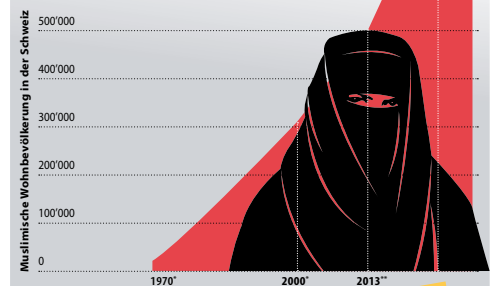
Das nach seinem Gründungsort benannte Egerkinger-Komitee hat im Vorfeld der Abstimmung über die Initiative gegen die Masseneinwanderung an einer Medienkonferenz in Bern und in Inseraten auf die zahlenmässige Entwicklung der Muslim-Einwanderung hingewiesen. Weil diese Einwanderung rasch und in hoher Zahl erfolgt, weckt sie in der Bevölkerung Ängste. Ängste, die mit der Masseneinwanderung in die Schweiz zusammenhängen. Solches in einem Abstimmungskampf unterdrücken zu wollen, ist ein Schlag gegen die Meinungsäusserungsfreiheit.

Die Publikation ausgewiesener, belegbarer Zahlen in diesen Inseraten veranlasst nun irgend einen Berner Grünen, mit breiter Gefolgschaft in den Medien die Publikation dieser ausgewiesenen Zahlen als «rassistische Äusserung» einzustufen und dagegen Klage einzureichen.

In Staatsdingen offenbar nicht allzu bewandert, will dieser Politiker der Grünen einfach sämtliche Personen anklagen, die vor Jahren das Initiativ-Komitee zu der von Volk und Ständen schliesslich angenommenen Minarettverbots-Initiative gebildet haben. Dieses seinerzeitige Initiativkomitee «Ja zum Minarettverbot» ist indessen überhaupt nicht identisch mit dem Egerkinger-Komitee. Es werden also – von den Medien breit aufgenommen – Persönlichkeiten öffentlich mit rechtlichen Schritten bedroht, die mit der im Abstimmungskampf gegen die Masseneinwanderung vom Egerkinger-Komitee lancierten Inserate-Kampagne überhaupt nichts zu tun haben.

Dass die Medien auf eine solche Aktion aufspringen, erstaunt. Ob es ein Gericht gibt, das auf solche Schaumschlägerei eintritt, bleibt abzuwarten.

Bald 1 Million Muslime?



* Bundesamt für Statistik
** Föderation islamischer Dachorganisationen Schweiz (FIDS)



**Deshalb:
Masseneinwanderung
stoppen – jetzt:**

JA

Egerkinger-Komitee Postfach 23, 8416 Flaach

Verantwortlich:

Walter Wobmann, Nationalrat, Präsident Egerkinger-Komitee, 5014 Gretzenbach
Ulrich Schläpfer, Geschäftsführer Egerkinger-Komitee, 8416 Flaach

Ist die Nothilfe wirklich ungenügend?

Die jüngst vom Nationalrat beschlossenen Verschärfungen im Flüchtlingswesen stiessen bei den vier konfessionell orientierten Amtsstellen auf Kritik und teilweise auf heftige Ablehnung. Am meisten Zurückhaltung zeigte dabei der katholische Bischof Felix Gmür, dies interessanterweise im Gegensatz zum Einsiedler Abt Martin Werlen. Missfallen fand unter anderem, dass sich nunmehr sämtliche Flüchtlinge mit der Nothilfe sollen begnügen müssen. Ist indes diese Reduktion auf Fr. 8.– pro Tag wirklich unzumutbar? Verstösst diese Massnahme gegen die Menschenwürde, wie dies unsere Religionsvertreter weitgehend meinen? Meinerseits kann ich eine solche Auffassung jedenfalls nicht teilen. Als Allein-stehender (Witwer) unterschreibe ich an den Tagen, an denen ich mich selbst versorge, eindeutig den

genannten Nothilfebetrug von acht Franken. Andererseits kann ich mit dem übrig gebliebenen Teil meines Einkommens einen beträchtlichen Beitrag an die Drittwelthilfe leisten. Seit Jahren liegt dieser auf über 20 Prozent meines Einkommens, betrachte ich es doch als eine sehr ernst zu nehmende christliche Pflicht, dass wir unser Brot mit den Ärmsten der Erde zu teilen suchen. Gleich Bischof Gmür in Solothurn vertrete ich die Meinung, dass bei der angestrebten Missbrauchsbe-kämpfung «die Asylsuchenden auch weiterhin mit einem fairen Verfahren rechnen dürfen». Vertrauen wir doch weiterhin auf die humanitäre Tradition unseres Landes, die bisher keineswegs kleinlich war.

Traugott Voegeli-Tschirky,
Konsul i.R., 5325 Leibstadt

Die öffentliche Ordnung ist nicht mehr gewährleistet

Bund und Kantone haben das Ausländer- und Asylwesen nicht mehr unter Kontrolle. Die öffentliche Ordnung ist wegen der dramatisch zunehmenden Kriminalität nicht mehr gewährleistet, wie Beispiele aus der Westschweiz zeigen. Ausländische Medien raten bereits vor einem Besuch Genfs ab. Osteuropäische Sinti und Roma verursachen in der Waadt eine Riesensauerei. Statt beherzt dagegen vorzugehen und Recht und Ordnung zu gewährleisten, hält man bei den Behörden nicht nur an diesem gigantischen Leerlauf der individuellen Asylverfahren fest, sondern lädt noch weitere Ausländer, wie beispielsweise aus Syrien, dazu ein, es sich in der Schweiz auf Kosten des Steuerzahlers gutgehen zu lassen. Wenn die Zunahmen so weitergehen, befinden sich bald alle Sinti und Roma Osteuropas in der Schweiz. Um echte Flüchtlinge, wir beispielsweise Julien Asonge, interessiert man sich dagegen nicht. Zudem werden Kriminelle sowie Personen, die das Asylverfahren offensichtlich missbrauchen, mit Prämien, aus der Sicht des Be-

troffenen in der Höhe von mehreren Jahreseinkommen belohnt. Es käme doch niemanden in den Sinn, einem hiesigen Raser eine Prämie von wenigsten 120'000 Franken zu zahlen, damit er verspricht, in Zukunft die Geschwindigkeitslimi-ten einzuhalten. Falls sich das Vollzugsproblem mittels schnellen Ausschaffungen tatsächlich nicht oder nur wieder mit weiteren Zahlungen lösen lässt, muss man halt verhindern, dass illegale Ausländer überhaupt einreisen können. Von den Politikern hört man seit 30 Jahren nur leere Versprechungen und Sprüche. Davon habe ich jetzt genug. Ich rufe deshalb alle gerecht und anständig denkenden Schweizer auf, sich dafür einzusetzen, dass das Asylrecht im Sinne eines Rechtsanspruches auf ein Verfahren ganz abgeschafft wird. Ferner müssen wieder wirksame Grenzkontrollen eingeführt werden. Die unsäglichen Schengen- und Dublin-Abkommen müssen sofort gekündigt werden.

Rechtsanwalt Dr. Christof Bernhart, 9658 Wildhaus

Sind die Schweizer Rassisten?

Schön, dass trotz der massiven Angstkampagne und auch Androhungen von Seiten der EU, des Bundesrates und der grossen Wirtschaftsverbände eine knappe Mehrheit des Schweizer Volkes JA gesagt hat gegen die weitere Masseneinwanderung von EU-Bürgern. Die Reaktionen darauf waren ja im In- und Ausland zum Teil sehr heftig. So haben am Abstimmungssonntag in mehreren grossen Schweizer Städten, Gegner aus Wut über die Annahme der Initiative demonstriert und dabei in Zürich auch Sachschäden von mehreren tausend Franken angerichtet. In Deutschland sagte der Rechtspopulismus-Forscher Alexander Häusler, dass das Votum kurz vor der Europawahl ein «fatales Signal» sei. Zitat: «Es wird andere rechte Parteien darin bestärken, ihre europafeindlichen und nationalistischen Positionen auf dem Rücken von Zugewanderten im Wahlkampf zu intensivieren. Das Schweizer Votum droht eine Art von basisdemokratischem Persilschein für rassistische Kampagnen zu werden.» Für Häusler haben also 50,3% der Abstimmenden eine rassistische Kampagne unterstützt! Ist die Schweiz deswegen ein Volk von Rassisten und Menschenhasern?

Oder hat sie nicht vielmehr dem nicht zu verleugnenden Problem der Masseneinwanderung einfach mal nüchtern in die Augen geschaut? Gegenüber der massiven Kritik wegen des Abstimmungsergebnisses gab es durchaus auch Lob an die Adresse des Schweizer Souveräns. So etwa vom EU-Abgeordneten Nigel Farage, der sagte: «Wunderbare Nachrichten für die nationale Souveränität und die Freiheitsliebenden in ganz Europa. Die weise und starke Schweiz ist aufgestanden gegen die Drangsalierungen und Bedrohungen der Brüsseler Bürokraten.» Es sei toll, dass die Schweizer nun selbst entscheiden könnten, wie viele Leute sie einladen wollen, in ihr Land zu kommen. Farage ist überzeugt: «Wenn die Briten darüber abstimmen dürften, wäre das Ergebnis das gleiche – aber es wäre ein Erdbebensieg». Wünschen wir den Völkern Europas, dass sie künftig auch über Dinge abstimmen dürfen, die das alltägliche Leben derart betreffen wie die masslose Einwanderung von ausländischen Arbeitskräften.

Martin Bracher, 4227 Büsserach

Ist so ein Unfallprotokoll bald auch bei uns obligatorisch?

Seitenhiebe

Die Fraktion der BDP ist im Grossen Rat des Kantons Bern von 25 Mitgliedern auf gerade noch deren 11 zusammengeschumpft. Nachdem sogar der Fraktionspräsident, Dieter Widmer, abgewählt wurde, ist nun **Anita Luginbühl** der neue Leuchtturm der Partei (beide übrigens ehemalige, gescheiterte SVP-Regierungskandidierende). Um dies auch optisch zu untermauern fiel die neue Fraktionschefin gleich am ersten Tag mit einem knallfarbenen Leuchtwestenanzug in Daunen auf. Offenbar will sie sich zu Beginn warm anziehen um nicht dasselbe Schicksal wie ihr Vorgänger zu erleiden. Man wartet nun gespannt, ob sich die BDP künftig nach Links orientieren wird oder ob sie ein bürgerlicher Partner



bleibt. Letzteres wäre angesichts der knappen Mehrheitsverhältnisse zu hoffen.

Einladung

zum Vortrag von
Divisionär a D
Peter Regli.



Sie, Freunde und Bekannte, sind herzlich eingeladen am

**Mittwoch,
1. Oktober 2014,
um 19.30 Uhr**

Waffenplatz Bern,
Auditorium 044,
Mannschaftskaserne
der Berner Truppen,
Papiermühlestrasse 13,
Bern

Der ehemalige Chef des Schweizer Nachrichtendienstes spricht in einem spannenden Referat zum Thema:

**Unsere nationale Sicherheit:
ist sie noch gewährleistet?**

Kaktus an:



Greenpeace



Bild: zvg

Greenpeace ist eine 1971 von Friedensaktivisten in Vancouver, Kanada, gegründete politische Organisation. Um nicht Steuern zahlen zu müssen, wurde sie in Form einer Stiftung nach niederländischem Recht organisiert. Mit medienwirksamen und spektakulären Kampagnen gegen Kernwaffentests und Aktionen gegen den Walfang geht man auf Spendenfang. Die Organisation greift darüber hinaus auf Themen wie Überfischung, die globale Erwärmung, die Zerstörung von Urwäldern und die Gentechnik. Nicht gerne kommuniziert Greenpeace den eigenen finanziellen Hintergrund. Per 31.12.2011 verfügte Greenpeace nämlich über 222 Millionen Euro Guthaben. Die Spendeneinnahmen stiegen von 226 Millionen im Jahre 2010 auf 236 Millionen im Jahre 2011. 2012 und 2013 dürften noch höher liegen. Bei Umweltschutzorganisationen gibt es zum Glück keine 1:12 Vorschriften.

Rose an:



Prix Walo



Bild: zvg

Der **Prix Walo** ist die wichtigste Auszeichnung im Schweizer Showbusiness. Er gilt als «Schweizer Oscar». Der Prix Walo wird alljährlich anlässlich einer Galaveranstaltung verliehen. Nebst verschiedenen «Sparten-Prix Walos» gibt es auch einen Ehren-Prix-Walo, einen Prix-Walo-Publikumsliebbling sowie den Kleinen Prix Walo, der an Nachwuchstalente verliehen wird. Insgesamt gibt es keine festen Kategorien; die Sparten variieren von Jahr zu Jahr. Alle bisherigen Gewinner findet man unter www.prixwalo.ch. Dass dieses Jahr die Verleihung bereits zum 40. Mal erfolgen durfte, ist insbesondere Sepp Trütsch und der Top-Entertainerin Monika Kaelin zu verdanken. Dass die Übertragung nach wie vor vom offiziellen Schweizer Fernsehen verschmäht wird, zeigt lediglich auf, wie verbittert die Staatsfernseher sein müssen, dass Private seit Jahrzehnten einen derartigen Erfolg an den Tag legen.

JA! Politik interessiert mich!

Ich möchte der Jungen SVP beitreten als Aktivmitglied Passivmitglied Gönner

Senden Sie mir die Zeitung DIE IDEE ein Jahr lang für nur Fr. 35.– nach Hause.

Senden Sie DIE IDEE als Geschenk an: _____

Buchbestellung (siehe Seite 14)

Buchverlosung «Dölf Ogi – So wa(h)r es!»

Wettbewerb: Lösung von Seite 5 _____

Name: _____

Vorname: _____

Adresse: _____

PLZ: _____

Ort: _____

Geb.-Dat.: _____

Telefon: _____

E-Mail: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Talon einsenden an: **Junge SVP Schweiz, Postfach 6803, 3001 Bern oder per Fax 031 398 42 02**